



Kantonspolizei

Gesuch um Bewilligung von Veranstaltungen

Die folgenden Ausführungen informieren Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller über die rechtlichen Grundlagen, das Verfahren und die einzureichenden Unterlagen.

1. Allgemeines

a) Motor- und radsportliche Veranstaltungen

Die Bewilligung von motor- und radsportlichen Veranstaltungen richtet sich nach Art. 52 des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr (SR 741.01; abgekürzt SVG) und Art. 94 f. der Verkehrsregelverordnung (SR 741.11; abgekürzt VRV). Nach Art. 15 der Einführungsverordnung zum eidgenössischen Strassenverkehrsgesetz (sGS 711.1; abgekürzt EV zum SVG) bewilligt das Sicherheits- und Justizdepartement im Rahmen des Bundesrechts Rennen mit Motorfahrzeugen. Für alle übrigen motor- und radsportlichen Veranstaltungen ist das Polizeikommando zuständig.

b) Andere Veranstaltungen

Andere als motor- und radsportliche Veranstaltungen auf öffentlichen Strassen, Wegen und Plätzen, die den allgemeinen Verkehr stören können, dürfen ebenfalls nur mit Bewilligung durchgeführt werden. In jedem Fall bedarf der gesteigerte Gemeingebrauch nach Art. 21 Abs. 1 des Strassengesetzes (sGS 732.1; abgekürzt StrG) einer Bewilligung. Gesteigerter Gemeingebrauch ist jene Benutzung einer öffentlichen Strasse, die entweder der Zweckbestimmung der Strasse nicht entspricht oder die den gleichen Gebrauch aller Berechtigten ausschliesst. Danach bewilligt gemäss Art. 5 der Strassenverordnung (sGS 732.11; abgekürzt StrV) das Sicherheits- und Justizdepartement politische Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen) auf öffentlichen Strassen und das Polizeikommando die übrigen Veranstaltungen wie Festumzüge, Laufveranstaltungen, Radwanderungen, Märkte und dergleichen. Eine Sonderregelung gilt für die Stadt St.Gallen: Die Bewilligung von Veranstaltungen, die sich auf das Gebiet der Stadt St.Gallen beschränken, fällt in die Zuständigkeit der städtischen Behörden. Ansprechpartner für die Stadt St.Gallen ist die Gewerbepolizei, Telefon 071 224 60 91.

c) Anhörung der Strassenaufsichtsbehörde

Die nach Art. 5 Abs. 1 StrV erforderliche Anhörung der zuständigen Strassenaufsichtsbehörde (Strassenkreisinspektorate bei Kantonsstrassen) erfolgt durch das Sicherheits- und Justizdepartement bzw. durch das Polizeikommando.

d) Veranstaltungen im Wald und Lebensräumen von Pflanzen sowie wildlebenden Tieren

Grosse Veranstaltungen (Open Air's, Partys, Orientierungsläufe, Hundeübungen, Bikerennen, Wandertage, polysportive Anlässe oder dergleichen), die im Wald oder im übrigen Lebensraum von Pflanzen und Tieren (inkl. Landwirtschaftszo-



ne) stattfinden, brauchen auch eine Bewilligung des Kantonsforstamtes. Dies ist in Art. 18 des Einführungsgesetzes zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (sGS 651.1; abgekürzt EG zur WaG) in Verbindung mit Art. 22 der Verordnung zum Einführungsgesetz (sGS 651.11; abgekürzt V zum EG zur WaG) geregelt. Von der Bewilligungspflicht gemäss Waldgesetz nicht betroffen sind Veranstaltungen auf dem höherwertigen Strassennetz. Eine Bewilligung durch das Kantonsforstamt wird erteilt, wenn die Veranstaltung zu keiner übermässigen oder erheblichen Störung, Schädigung oder Gefährdung des Waldes oder von Tieren und Pflanzen führt. Gesuche um Bewilligung von grossen Veranstaltungen im Lebensraum sind an die jeweilige Gemeinde zu richten, die ihrerseits das Gesuch prüft und gegebenenfalls an das Kantonsforstamt weiterleitet. Der Sachbearbeiter des Kantonsforstamtes gibt unter Telefon 058 229 21 97 oder per E-Mail (felice.crottonini@sg.ch) gerne Auskunft. Weiterführende Unterlagen finden sich auch unter www.wald.sg.ch.

Findet die Veranstaltung auf fruchtbarem Boden statt und ist mit Beeinträchtigungen des Bodens zu rechnen (Verdichtungen, Fahrspuren, Morast, Erosion etc.), wird das Gesuch vom Kantonsforstamt an das Amt für Umwelt und Energie (AFU) weitergeleitet. Je nach Anlass und Notwendigkeit erlässt das AFU eine Verfügung mit Bodenschutzmassnahmen. Dies ist in Art. 33 Abs. 2 und Art. 34 Abs. 2 des Umweltschutzgesetzes (SR 814.01; abgekürzt USG) sowie in Art. 6 Abs. 1 der Verordnung über Belastungen des Bodens (SR 814.12; abgekürzt VBBo) geregelt. Das AFU erteilt unter Telefon 058 229 24 40 oder per E-Mail (roman.sutter@sg.ch) gerne weitere Auskünfte. Weiterführende Unterlagen finden Sie auch unter www.umwelt.sg.ch (siehe Publikationen, Freizeitveranstaltungen).

e) **Bewilligungsverfahren**

Alle diese Bewilligungsverfahren werden in sachgemässer Anwendung der eidgenössischen und kantonalen Gesetze und bundesgerichtlicher Rechtsprechung koordiniert behandelt, damit für den gesuchstellenden Veranstalter das Bewilligungsverfahren möglichst einfach erfolgt.

2. Weitere Auskünfte

Auskünfte über Verfahrensfragen und Unsicherheiten bezüglich Bewilligungspflicht von Veranstaltungen erteilt das Polizeikommando, Dienststelle Verkehrstechnik, unter Telefon 058 229 40 90.

3. Anzahl einzureichender Gesuche

Veranstaltungsgesuche sind einfach und im Original einzureichen. Die Gesuche sind dem Polizeikommando spätestens einen Monat vor der Durchführung zuzustellen.